

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Beckmeyer, Dr. Bärbel Kofler, Dirk Becker,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/10088 –**

Zukunft des „Energie- und Klimafonds“ und der durch ihn finanzierten Programme

A. Problem

Mit der Einrichtung des „Energie- und Klimafonds“ (EKF) hat die Regierungskoalition ein Sondervermögen des Bundes geschaffen, dessen Einnahmen sich im Wesentlichen aus den Erlösen des CO₂-Emissionszertifikatehandels speisen. Angedacht war ursprünglich, über den EKF eine verstetigte und haushaltsunabhängige Finanzierung der Energiewende sicherzustellen.

Doch die jüngste Entwicklung des EU-Emissionshandelssystems und der daraus resultierenden Einnahmen bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Ausgestaltung der Klimaschutzpolitik in Deutschland. Denn aktuell steht der EU-Emissionshandel unter starkem Druck. Ein erhebliches Überangebot an CO₂-Zertifikaten hat zu einem Verfall der Zertifikatepreise geführt.

B. Lösung

Aus Sicht der antragstellenden Fraktion sollte umgehend auf die jüngsten Einnahmeausfälle angesichts sinkender Zertifikatepreise im CO₂-Emissionshandel reagiert werden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/10088 abzulehnen.

Berlin, den 8. November 2012

Der Haushaltsausschuss

Petra Merkel (Berlin)
Vorsitzende

Norbert Barthle
Berichterstatter

Carsten Schneider (Erfurt)
Berichterstatter

Otto Fricke
Berichterstatter

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstatterin

Sven-Christian Kindler
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Norbert Barthle, Carsten Schneider (Erfurt), Otto Fricke, Dr. Gesine Löttsch und Sven-Christian Kindler

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 187. Sitzung am 28. Juni 2012 den Antrag auf **Drucksache 17/10088** zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag der Fraktion der SPD soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, insbesondere angesichts der aktuellen Einnahmeentwicklung aus dem Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten eine belastbare Preiskalkulation und eine seriöse Berechnung der für die Zukunft aus dem EU-Emissionshandel zu erwartenden Erlöse, jeweils für den Fall einer Status-quo-Entwicklung und einer Verschärfung des Degressionspfads im Zuge einer Anhebung des EU-Klimaschutzziels auf 30 Prozent, vorzulegen, sich bei der Weiterentwicklung des Emissionshandels auf europäischer Ebene insbesondere dafür einzusetzen, dass mit der Anpassung des EU-Klimaschutzziels auf mindestens 30 Prozent bis 2020 CO₂-Emissionszertifikate dem Emissionshandel kontinuierlich entnommen und der Zertifikatepreis auf diese Weise stabilisiert wird, damit die Wirksamkeit des EU-Emissionshandelssystems als zentrales Instrument der Klimapolitik nicht infrage gestellt wird und die Unternehmen tatsächliche Anreize zur Senkung ihres Energieverbrauches erhalten, von den für das Haushaltsjahr 2012 angekündigten Programmkürzungen bei den im „Energie- und Klimafonds“ zusammengefassten Titeln Abstand zu nehmen und dafür Sorge zu tragen, dass die Programme zur energetischen Gebäudesanierung im Haushaltsjahr 2012 in vollem Umfang fortgeführt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/10088 in seiner 111. Sitzung am 7. No-

vember 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/10088 in seiner 83. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/10088 in seiner 83. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/10088 in seiner 68. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/10088 in seiner 107. Sitzung am 8. November 2012 abschließend beraten. Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/10088 abzulehnen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. gefasst.

Berlin, den 8. November 2012

Norbert Barthle
Berichterstatter

Carsten Schneider (Erfurt)
Berichterstatter

Otto Fricke
Berichterstatter

Dr. Gesine Löttsch
Berichterstatterin

Sven-Christian Kindler
Berichterstatter

